Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 02.07.2010

Niederschrift

zur Sitzung des	Kreisausschusses
Sitzungstermin	Montag, den 28.06.2010, 15:00 Uhr
Sitzungsort	Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz
Manfred Krick

Mitglieder
Ernst Buddenberg
Udo Carraro
Ursula Greve-Tegeler
Berndt Hoffmann
Werner Horzella
Dr. Bernhard Ibold
Ilona Küchler
Gertrud Laßmann
Dieter Roeloffs (bis 17.33 Uhr, TOP 19)
Michael Ruppert (bis 16.55 Uhr, TOP 18)
Frau Schettgen
Udo Switalski (ab 17.34 Uhr, TOP 19)
Elke Thiele
Ewald Vielhaus
Klaus-Dieter Völker
Dirk Wedel

Verwaltung
Engin Alparslan
Harald Beier
Tanja Dißmann
Anne Grassberger
Ulrike Haase

Nils Hanheide
Peter Herweg
Thomas Jarzombek
Martin Kasprzik
Wolfgang Kohnert
Jürgen Lenz
Andrea Pannen
Sarah Pflaumann
Martin M. Richter
Christian Schölzel
Antje Schwörer
Hans-Jürgen Serwe

Gäste
Herr Martin (Kreisbrandmeister)
Herr Rüther (zu TOP 19)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1.	Formalien	
1.1.	Eröffnung der Sitzung	
1.2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung	
1.3.	Feststellung der Anwesenheit	
1.4.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
1.5.	Feststellung der Tagesordnung	
2.	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 08.03.2010 und 11.03.2010	
3.	Informationen der Verwaltung	
4.	Fortführung des Kooperationsnetzes Schule-Wirtschaft (KSW)	01/015/2010
5.	Einführung einer Ehrenamtskarte im Kreis Mettmann hier: Anregung nach § 21 KrO NRW	01/068/2009/1
6.	Demografische Entwicklung im Kreis Mettmann hier: Änderung des Kreisausschussbeschlusses vom 11.09.2008	50/016/2010
7.	Sachstandsbericht Konjunkturpaket II	23/008/2010
8.	Alarm- und Gefahrenabwehrplan der CO-Pipeline a) Sachstandsbericht b) Anfrage der Fraktion UWG-ME	III/001/2010

9.	Erneuerung der Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich der K4/K25 Auswirkungen der Realisierung eines Kreisverkehrs als Alternative und Fördermöglichkeiten nach dem GVFG	23/013/2010/1
10.	Verabschiedung eines strategischen Zielprogrammes des Kreistages	01/001/2010/1
11.	WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH - Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Verwendung des Jahresergebnisses - Entlastung des Aufsichtsrates	01/020/2010
12.	Zentrales Beteiligungsmanagement / Umsetzung des Transparenzgesetzes in den Beteiligungsunternehmen der Kreisverwaltung	20/031/2010
13.	Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungsstätten	50/005/2010/1
14.	Änderung der Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung	40/009/2010
15.	Neuberufung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in die Gesundheits- und Pflegekonferenz	53/002/2010
16.	NaturKulTour - Masterplan Neandertal Bericht zum Planungsprozess/Ziel-2-Wettbewerb Erlebnis.NRW - Teilnahme mit förderfähigen Masterplan-Projekten	**- wurde von der Tagesordnung abgesetzt -**
17.	Nachträge	

Nicht öffentlicher Teil

18.	Beteiligungsmanagement - Vorstellung der Kreissparkasse Düsseldorf durch den Vorstandsvorsitzenden	
19.	Zentrales Beteiligungsmanagement / Sachstandsbericht über die Beteiligungsunternehmen des Kreises Mettmann	20/030/2010
20.	Informationen der Verwaltung	
21.	Zustellung von Post der Kreisverwaltung Mettmann - hier Anfrage der Fraktion DIE LINKE.	10/005/2010
22.	Gesellschaftsrechtliche Veränderungen der Regiobahn GmbH	20/029/2010/1
23.	Neugestaltung der Verbraucher- und Energieberatung im Kreis Mettmann	39/002/2010
24.	Beteiligung am Erlebnis.NRW-Wettbewerb "Tourismus" - Marketingkonzept	40/024/2010/1
25.	Beteiligung am Erlebnis.NRW-Wettbewerb "Tourismus" - Neanderlandsteig	65/001/2010/1

26. Zukunft der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH (AKM)
hier: Neuabschluss der erforderlichen Verträge zur Einrichtung und zum Betrieb eines II. Bauabschnitts der Kreisdeponie Langenfeld-Immigrath und Zustimmung zum Gesellschafterwechsel der AKM — 70/005/2010

27. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1:	**Formalien**

KA Krick eröffnet die Sitzung stellvertretend für den erkrankten Landrat Hendele. Er wünscht ihm – auch im Namen des Kreisausschusses – eine baldige Genesung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Gräber, KA Kanschat und KA Schnitzler fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Besonders heißt er Herrn Kreisbrandmeister Martin willkommen.

Er schlägt anschließend vor, den Beratungspunkt

16: **NaturKulTour-Masterplan**
Bericht zum Planungsprozess/Ziel-2-Wettbewerb Erlebnis.NRW-
Teilnahme mit förderfähigen Masterplan-Projekten

heute von der Tagesordnung abzusetzen, da er in der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses mit dem Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung am 05.07.2010 beraten werden soll.
Diesem Vorschlag schließt sich der Kreisausschuss einstimmig an.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die so geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Er weist abschließend darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt

10. Verabschiedung eines strategischen Zielprogramms des Kreistages

ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion als Tischvorlagen ausliegen.

Vor Einstieg in die Beratungen händigt KA Krick KA Horzella die Ernennungsurkunde aus und vereidigt ihn anschließend zum Ehrenbeamten des Kreises.

Zu Punkt 2:	**Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 08.03.2010 und 11.03.2010**

Die Niederschriften über die Sitzungen des Kreisausschusses vom 08.03.2010 sowie 11.03.2010 werden einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Kreisumlage 2009/ Klageverfahren der Städte Ratingen und Haan

Herr Hanheide berichtet, dass die Städte Ratingen und Haan im April 2009 gegen die Heranziehungsbescheide zur Kreisumlage hinsichtlich bestimmter Teilbeträge Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben haben.
Klagegrund war die Nichtberücksichtigung von geleisteten Abschlagszahlungen des Landes bedingt durch die Erstattung von finanziellen (Über-)Leistungen der Gemeinden an den Kosten der Deutschen Einheit. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 des entsprechenden Landesgesetzes sind die Abschläge nicht umlagewirksam; entsprechend wurde die jeweilige Kreisumlage berechnet. Die beiden Städte sahen sich dadurch benachteiligt.
Die Stadt Ratingen hat jetzt ihre Klage zurückgenommen. Anlass dürfte das zwischenzeitliche Inkrafttreten des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW gewesen sein, welches die vorläufigen Regelungen des vorgenannten „Abschlägegesetzes“ ersetzt.
Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat mit Beschluss vom 31.05.2010 das Klageverfahren der Stadt Ratingen eingestellt und ihr die Kosten des Verfahrens auferlegt.
Eine Klagerücknahme der Stadt Haan ist bisher noch nicht erfolgt.

Zu Punkt 4: Fortführung des Kooperationsnetzes Schule-Wirtschaft (KSW)
- Vorlage Nr. 01/015/2010

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Das Projekt KSW Kooperationsnetz Schule Wirtschaft wird über den 31.12.2010 hinaus für weitere drei Jahre fortgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5: Einführung einer Ehrenamtskarte im Kreis Mettmann
hier: Anregung nach § 21 KrO NRW
- Vorlage Nr. 01/068/2009/1

KA Krick weist darauf hin, dass sich der Kreisausschuss bereits in seiner Sitzung vom 28.09.2009 mit der Anregung des Petenten zur Einführung einer Ehrenamtskarte befasst hat. Seinerzeit wurde übereinstimmend vorgeschlagen, das Thema in der Bürgermeisterkonferenz anzusprechen. Ziel sollte dabei sein, dass Ehrenamtskarten von den einzelnen Städten ausgegeben werden, die dann jedoch kreisweit Gültigkeit haben.
Die Bürgermeisterkonferenz hat das Thema zwischenzeitlich beraten. Es wurde darauf hingewiesen, dass in einigen kreisangehörigen Städten das Konzept der Ehrenamtskarte oder ein vergleichbares Projekt bereits umgesetzt werden. Schließlich wurde betont, dass die Bürgermeister und Räte selber entscheiden möchten, ob sie ein solches Konzept für ihre Stadt umsetzen.

KA Krick schlägt daher vor, der Anregung des Petenten, zur Einführung einer kreisweiten Ehrenamtskarte, nicht zu folgen.

Beschluss:

Der Anregung des Petenten, eine Ehrenamtskarte auf Kreisebene einzuführen, wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	**Demografische Entwicklung im Kreis Mettmann hier: Änderung des Kreisausschussbeschlusses vom 11.09.2008 - Vorlage Nr. 50/016/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle zwei Jahre über demografierelevante Maßnahmen zu berichten und darzustellen, in welchem Umfang Ziele bzw. Handlungsschwerpunkte umgesetzt wurden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	**Sachstandsbericht Konjunkturpaket II - Vorlage Nr. 23/008/2010**

KA Krick bittet die Mitglieder des Kreisausschusses, einen Vorratsbeschluss für die noch ausstehenden Maßnahmen des Konjunkturpaketes II über 200.000 € zu fassen, damit die Zeitplanungen des Konjunkturpaketes II eingehalten werden können und die in der sitzungsfreien Sommerzeit vorgesehenen Vergaben zeitnah umgesetzt werden können.

Frau Haase berichtet zum aktuellen Sachstand und weist darauf hin, dass der Kostenrahmen eingehalten werden kann. Sie ist zuversichtlich, weitere Mittel über die Tauschbörse sicherstellen zu können.
Auf Nachfrage von KA Wedel bestätigt sie, dass die Verwaltung die Ermächtigung nur dann nutzen wird, wenn die Einzelmaßnahmen 30 % der jeweiligen Kostenschätzung und die vier Maßnahmen zusammen 10 % der Gesamtkostenschätzung des KP II-Paketes nicht überschreiten.

Beschluss:

Es wird folgender Vorratsbeschluss gefasst:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Aufträge für die Vergaben der noch ausstehenden Maßnahmen des Konjunkturpaketes II über 200.000 € zu erteilen, sofern die Einzelmaßnahme 30 % der Kostenschätzung und 10 % der Gesamtkostenschätzung nicht überschreitet. Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

2.09	GB_Ve Schule am Thekbusch – Blockheizkraftwerk	**Gesamt ca. 203.600 €** (=178.000 € Gewerk + 25.600 € Ing.-Leistung)
Neu	GB_Ve Schule am Thekbusch Erneuerung der Heizzentrale Ergänzung zu 2.09	**Gesamt ca. 220.000 €** (=200.000 € Gewerk + 20.000 € Ing.-Leistung)

2.10	GB_La Schule an der Virneburg Blockheizkraftwerk	**Gesamt ca. 218.050 €** (=182.300 € Gewerk + 35.750 € Ing.-Leistung)
3.08	Amt 16 – Serverraum	**Gesamt ca. 441.500 €** (382.000 € + 59.500 € Ing.-Leistung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	**Alarm- und Gefahrenabwehrplan der CO-Pipeline** **a) Sachstandsbericht** **b) Anfrage der Fraktion UWG-ME** **- Vorlage Nr. III/001/2010**

Herr Hanheide und Herr Kreisbrandmeister Martin informieren ergänzend zu dem vorgelegten Sachstandsbericht über die derzeit stattfindende öffentliche Diskussion um den Bearbeitungsstand des Alarm- und Gefahrenabwehrplans (AGAP).
Obwohl die Bezirksregierung den Abstimmungsprozess einseitig für erledigt erklärt hat, bestehen seitens des Kreises noch weitere klärungsbedürftige Punkte hinsichtlich der Ausbreitungsberechnungen, der Auswirkungsbetrachtungen und Gefährdungsbereiche, des Alarmierungsablaufs und der Maßnahmen bei Leckage-Alarm.
Strittige Fragen wie z.B. die Ausstattung der Feuerwehren, der Eigenschutz der Einsatzkräfte und vieles mehr sind nicht im AGAP geregelt, sondern müssen nun in Sonderschutzplänen der Kreise und kreisfreien Städte aufgegriffen werden. Damit rücken auch die Fragen der rechtlichen Durchsetzbarkeit bestimmter Forderungen gegenüber der Betreiberin in den Vordergrund. Das Inkrafttreten der Sonderschutzpläne stellt keine Voraussetzung für die Inbetriebnahme der CO-Pipeline dar.

Die Mitglieder des Kreisausschusses kritisieren den unzureichenden Abstimmungsprozess der Bezirksregierung, diskutieren über die erheblich zusätzlichen Ausstattungen der Feuerwehren und stellen die Frage, ob und ggf. welche Kosten auf den Kreis und seine Städte zukommen könnten.

Herr Martin bestätigt Bedenken, was die derzeitige Ausstattung der Feuerwehren betrifft und erläutert auf Nachfrage, dass Forderungen hinsichtlich ergänzender Ausstattung grundsätzlich gegenüber der Betreiberin – notfalls im Wege von Verwaltungszwangsmaßnahmen – durchgesetzt werden müssen. Ob und wie dies gelingen werde, sei fraglich.

Die Informationen von Herrn Hanheide sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9:	**Erneuerung der Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich der K4/K25 Auswirkungen der Realisierung eines Kreisverkehrs als Alternative und Fördermöglichkeiten nach dem GVFG** **- Vorlage Nr. 23/013/2010/1**

Frau Haase weist zunächst darauf hin, dass der Bau- und Planungsausschuss über diesen Beratungspunkt ausführlich diskutiert und ihn anschließend mehrheitlich ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen hat.

Auf Nachfrage erläutert Herr Alparslan die Kostenvergleichsrechnung und die vom Ausschuss erbetene Wirtschaftlichkeitsanalyse und erklärt, weshalb beide Berechnungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

KA Völker, KA Wedel und KA Dr. Ibold sprechen sich anschließend für den Bau eines Kreisverkehrs aus. KA Völker beantragt, den Beschluss unter den Vorbehalt der Zahlung von Landeszuschüssen in Höhe von 156.000 € zu stellen.

KA Carraro, KA Horzella und KA Küchler erläutern die Gründe, die ihrer Meinung nach für den Bau einer Ampel sprechen.

KA Krick lässt nach abschließender Aussprache zunächst über die Variante B (Kreisverkehr) abstimmen:

Beschluss:

Im Kreuzungsbereich der K 4 / K 25 wird – vorbehaltlich der Zahlung von Landeszuschüssen in Höhe von 156.000 € – ein Kreisverkehr errichtet. Für diese Maßnahme werden die im Produkt 12.01.01 gesperrten Mittel in Höhe von 260.000 € entsperrt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Variante A (Lichtsignalanlage).

Zu Punkt 10: Verabschiedung eines strategischen Zielprogrammes des Kreistages - Vorlage Nr. 01/001/2010/1

KA Krick weist zunächst darauf hin, dass als Tischvorlagen ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **(Anlage 2)** sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion **(Anlage 3)** vorliegen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen anschließend ausführlich zu den strategischen Zielen Stellung.

KA Dr. Ibold wertet die Ziele als allgemeine Plattitüden. Die Vorlage enthalte nur generelle Formulierungen, wobei versucht werde, eine scheinbare Harmonie zwischen Verwaltung und den unterschiedlichen Auffassungen der Kreistagsfraktionen herzustellen. Die strategischen Ziele würden so zum „Legitimationspapier“ für den Landrat, das künftige politische Auseinandersetzungen unmöglich mache. Er schlägt abschließend vor, die strategischen Ziele zunächst in den Fachausschüssen zu beraten, um sie dann Ende des Jahres zu verabschieden. Seine Stellungnahme ist dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

KA Carraro erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion, der neue Ziele formuliert und die Handlungsschwerpunkte (im SPD-Antrag „Unterziele“ genannt) anpasst bzw. ergänzt. Wichtig sei ihm, dass heute nur die Ziele verabschiedet werden, da die Handlungsschwerpunkte flexibel bleiben müssen. Er könne den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP grundsätzlich mittragen, allerdings solle die „Chancengleichheit der Städte im Kreisgebiet“ als weiteres Ziel

aufgenommen werden. Darüber hinaus sei aber noch zu klären, welche Kennzahlen als Gradmesser der Zielerreichung verwendet werden. Abschließend spricht er sich dafür aus, dass alle Städte ein Zielprogramm entwickeln.

KA Horzella ist der Auffassung, dass die Zielaussagen der Verwaltungsvorlage Selbstverständlichkeiten darstellen, für die man keinen Beschluss benötige. Die Stellungnahme seiner Fraktion ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt.

KA Völker und KA Wedel erläutern anschließend den Antrag ihrer Fraktionen. Das strategische Zielprogramm des Kreistages stelle eine politische Vorgabe des Kreistages für die Wahlperiode dar. Deshalb habe man auch eine Priorisierung der Ziele vorgenommen, wobei die nachhaltige Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Kreises für sie oberste Priorität habe. Sie sprechen sich gegen die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Aufnahme des Ziels „Chancengleichheit der Städte im Kreisgebiet“ aus.

KA Küchler erklärt, dass ihre Fraktion keine eigenen Vorschläge eingereicht habe. Für sie sei es entscheidend, wie die Ziele umgesetzt werden.

Herr Richter nimmt anschließend nochmals grundsätzlich zu den strategischen Zielen Stellung und verwahrt sich mit Nachdruck gegen die Kritik von KA Dr. Ibold, die Vorlage sei ein „Legitimationspapier für den Landrat“ und gleiche einem „Selbstbedienungsladen“, der aufgrund seiner unkonkreten Absichtserklärungen alle Interessen versorgen will.
Die Verwaltung habe den Auftrag gehabt, einen Entwurf für ein strategisches Zielprogramm des Kreistages vorzulegen. Diesem Auftrag sei die Verwaltung mit dieser Vorlage nachgekommen. Dabei umschrieben die Ziele in weiten Teilen das Handeln der Kreisverwaltung. Sie müssten daher entsprechend der Bedeutung für den Kreistag gewichtet und priorisiert werden. Im Weiteren sollten sie dann in Fachausschüssen z.B. im Rahmen zukünftiger Haushaltsplanungen konkretisiert werden.

Nach weiterer Diskussion wird der Tagesordnungspunkt wegen Beratungsbedarfs der SPD-Fraktion einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen.

Zu Punkt 11:	**WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH** **- Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Verwendung des Jahresergebnisses** **- Entlastung des Aufsichtsrates** **- Vorlage Nr. 01/020/2010**

KA Krick weist darauf hin, dass diejenigen Mitglieder des Kreisausschusses weder an der Beratung noch an Beschlussfassung teilnehmen dürfen, die im Jahr 2009 gleichzeitig dem Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied angehörten.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2009 wird gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 7 des Gesellschaftsvertrages festgestellt.
2. Gemäß § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages wird das Jahresergebnis in Höhe von 1.060.914,37 € der Gewinnrücklage zugeführt.
3. Dem Aufsichtsrat wird gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 10 des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Der Landrat wird beauftragt, für den Kreis Mettmann als Gesellschafterversammlung der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH entsprechend zu votieren.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
KA Greve-Tegeler, KA Horzella, KA Dr. Ibold, KA Lassmann und KA Schettgen haben weder an der Beratung noch der Beschlussfassung teilgenommen.

Zu Punkt 12: **Zentrales Beteiligungsmanagement / Umsetzung des Transparenzgesetzes in den Beteiligungsunternehmen der Kreisverwaltung - Vorlage Nr. 20/031/2010**

KA Wedel erinnert an den noch offenen Prüfauftrag seiner Fraktion aus der Sitzung des Aufsichtsrates der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH. Danach soll geprüft werden, ob – angesichts der gesetzlich neu festgelegten Kompetenzverteilung zwischen Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – die derzeitige Regelung im Gesellschaftsvertrag noch sinnvoll erscheint, wonach statt des Kreistages in seiner Gesamtheit der Kreisdirektor den Kreis Mettmann allein in der Gesellschafterversammlung vertritt.
Er bittet, die aufgrund des Transparenzgesetzes jetzt notwendigen Anpassungen des Gesellschaftsvertrages erst dann zu vollziehen, bis die letzten Fragestellungen geklärt sind.

Herr Herweg berichtet, dass man allen Gesellschaften geraten habe, aus Kostenersparnisgründen die Anpassung der Gesellschaftsverträge in diesem Jahr nur in Gänze zu vollziehen.

Beschluss:

1. Die Vertreter des Kreises Mettmann in den Gesellschaftsgremien der Beteiligungsunternehmen an denen der Kreis unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen mit anderen Kommunen mit mehr als 50 % beteiligt ist, werden beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um auf die Umsetzung der Änderungen der Gemeindeordnung NRW durch das Transparenzgesetz hinzuwirken. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag zur Aufnahme in die jeweiligen Gesellschaftsverträge der betroffenen Unternehmen (**Anlage 6**, Nr. 1 bis 10) ist in der **Anlage 7** aufgeführt.

2. Die Vertreter des Kreises Mettmann in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbands Kreissparkasse Düsseldorf werden beauftragt, auf die Umsetzung der durch das Transparenzgesetz erfolgten Änderungen des Sparkassengesetzes hinzuwirken.

3. Die Vertreter des Kreises Mettmann in den Gremien der betroffenen Zweckverbände (**Anlage 6**, Nr. 13 bis 15) sollen die Umsetzung der Änderung der Eigenbetriebsverordnung durch die Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Gemeindewirtschaftsrechts vom 17.12.2009 erzielen.

4. Die Vertreter des Kreises Mettmann werden beauftragt darauf hinzuwirken, dass von den Geschäftsführungen der Beteiligungsunternehmen, vor dem Hintergrund des Transparenzgesetzes, das Einverständnis zu einem Nachtrag zum Arbeitsvertrag eingeholt wird.

5. Die Regelungen sind so umzusetzen, dass sie erstmalig für das Geschäftsjahr 2010 gelten.

6. Für einen reibungslosen Ablauf stimmt der Kreistag den Änderungen der Gesellschaftsverträge/ Satzungen im Sinne des Transparenzgesetzes bereits im Voraus zu.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Zu Punkt 13:	Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungsstätten - Vorlage Nr. 50/005/2010/1

Beschluss:

Die als **Anlage 8** beigefügten Richtlinien zur Förderung der Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren im Kreis Mettmann werden mit Wirkung ab 1.1.2011 beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Ergebnis der im Zeitraum Februar bis April 2010 geführten Standortgespräche mit allen geförderten Begegnungsstätten im Kreis Mettmann – bezogen auf jede einzelne Begegnungsstätte – darzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14:	Änderung der Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung - Vorlage Nr. 40/009/2010

Beschluss:

Die als **Anlage 9** beigefügten Richtlinien zu außerschulischen Angeboten und zu Freizeiten für Menschen mit Behinderung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15:	Neuberufung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in die Gesundheits- und Pflegekonferenz - Vorlage Nr. 53/002/2010

Wahl:

1. Für die Ärztekammer Nordrhein wird Herr Dr. med. Ulrich Freitag für Herrn Dr. med. Winfried Hölter als Mitglied berufen.
   Für die Ärztekammer Nordrhein wird Herr Dr. med. Alexander Hellwig für Herrn Dr. med. Freitag als stellvertretendes Mitglied berufen.
2. Für die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein wird Herr Dr. Ulrich Freitag als Mitglied berufen.
3. Für die Apothekerkammer Nordrhein wird Frau Apothekerin Heike Kraft für Frau Apothekerin Inge Funke als Mitglied berufen.
4. Für die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) im Kreis Mettmann wird Herr Andreas Eggerer für Herrn Frank Gentilin berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 16:	**NaturKulTour - Masterplan Neandertal Bericht zum Planungsprozess/Ziel-2-Wettbewerb Erlebnis.NRW - Teilnahme mit förderfähigen Masterplan-Projekten - Vorlage Nr.**

– wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien) –

Zu Punkt 17:	**Nachträge**

KA Krick unterbricht die Sitzung von 16.52 Uhr bis 17.00 Uhr und stellt anschließend die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

…

Ende der Sitzung: **18:17 Uhr**

gez.
Manfred Krick

gez.
Andrea Pannen